

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Inhalt:	Seite
Die Arbeitslosenfürsorge in Schlesien	309	Privatversicherung. Die zweite Generalversamm-	315
Statistik und Volkswirtschaft. Kriegsfürsorge in Ossen-	311	lung der „Volksfürsorge“	315
bach a. M.		Lohnbewegungen und Streiks. Wirtschaftliche Kämpfe	316
Arbeiterbewegung. Noch etwas vom „Umsternen“	312	in der Schweiz	
Aus den deutschen Gewerkschaften		Hierzu: Adressen-Beilage Nr. 3.	316

Die Arbeitslosenfürsorge in Schlesien.

Außer den übrigen Ostprovinzen dürfte wohl kein anderer Landesteil in der Arbeitslosenfürsorge bisher so tiefmütterlich weggekommen sein als Schlesien, obschon es in wirtschaftlicher Hinsicht und mit seinen 5,3 Millionen Einwohnern nächst Rheinland die bedeutendste Provinz Preußens ist.

Eine großzügige Organisation der Arbeitslosenfürsorge, wie sie gegenüber der außerordentlich großen Anzahl Arbeitsloser in den ersten Monaten des Krieges seitens der Behörden dringend notwendig gewesen wäre, war vollständig zu vermissen und steht auch im weiteren Verlauf des Krieges nicht zu erwarten, obschon die Wiederkehr größerer Arbeitslosigkeit noch lange nicht als beseitigt angesehen werden kann.

Unsere Organisationen haben von jeher den Standpunkt vertreten, daß die beste Hilfe für die Arbeitslosen in der Beschaffung lohnbringender Arbeit besteht. Hierzu gehört in erster Linie eine planmäßige Vermittelung der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeit, die aber fast gänzlich fehlt. Nur in Breslau ist man zur Organisation einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den vorhandenen Arbeitsnachweiser geschritten. In den übrigen größeren Orten hat man wohl, soweit dies nicht schon geschehen war, die Eröffnung eines städtischen Arbeitsnachweises veranlaßt, ohne indessen die vorhandenen Arbeitsnachweise zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassen und ohne ihnen eine paritätische Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber zu geben. Es ist einleuchtend, daß Arbeitsnachweise solcher Art zum großen Teil im vornherein zwecklos sind, nicht beachtet werden und darum ihr Dasein vielfach in verborgenen Fristen. Zum Beispiel in Ziegenhals besteht so ein Nachweis verschiedentlich nur in einem schwarzen Brett, auf dem die Arbeitsinhaber aus den verschiedensten Zeitungen aufgestellt werden, die natürlich in Zeiten großer Arbeitslosigkeit für die Arbeiter in entfernteren Orten gar keinen Wert haben.

Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung wollen wir dem Staat als Auftraggeber gern anerkennen, daß alle von ihm angefangenen Arbeiten nach Möglichkeit fortgeführt und neue in Auftrag gegeben worden sind. Die Gemeinden haben aber auch auf diesem Gebiete vollständig versagt, trotzdem ihnen

hierfür genügend Mittel vom Staate und auch von der Landesversicherungsanstalt zur Verfügung gestellt sind. Außer in Grünberg, Dahnau und Ziegenhals, wo Notstandsarbeiten, allerdings auch zu „Notstandspreisen“ in Angriff genommen wurden, ist uns gleiches aus anderen Orten nicht bekanntgeworden. In Langenöls ging man sogar soweit und bot unseren Arbeitslosen zur Beschäftigung Steinflopfen an.

Wenn schon ob dieser mangelhaft organisierten Arbeitsvermittlung auch hier in Schlesien ein allmähliches Verlaufen der brachliegenden Arbeitskräfte nach den Stellen, wo sie Verwertung finden konnten, stattgefunden hat, so ist dies zum großen Teil das unbestrittene Verdienst der Gewerkschaften, die sich auch hierin wieder, wie in so vielen anderen wirtschaftlichen Dingen auch, als regelnder Faktor erwiesen haben. Und entgegen der in bürgerlichen Kreisen noch vorhandenen Ansicht sei hierbei gleichzeitig festgestellt, daß bei dieser Ausgleichsarbeit zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeit keine Arbeitslosen zu bemerken war. War Arbeit im eigenen Beruf nicht zu haben, so wurde es nach Möglichkeit mit irgendeiner anderen Arbeit versucht, und als Beweis dafür finden wir denn in allen jetzt gangbaren Erwerbszweigen eine große Anzahl berufsremder Arbeiter. Diese somit erwiesene Anpassungsfähigkeit seitens der Arbeiterschaft an die durch den Zwang dieser ernsten Zeit geschaffenen Verhältnisse, wobei so manche Unannehmlichkeit in bezug auf gewohnte Lebensweise, ja selbst Gefahren für die Gesundheit mit in den Kauf genommen wurden, hat sicherlich viel zur wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und zur erfolgreichen Verteidigung unseres Vaterlandes, entgegen den Plänen unserer Feinde, beigetragen, was nachgerade auch von den Gegnern einer wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft anerkannt werden sollte. Jedenfalls aber dürfte die alte arbeitereindliche Phrase von der Bequemlichkeit und Faulheit der Arbeiter in Zukunft nur noch Gemeingut derjenigen sein, die zur eigenen Bereicherung Riemen aus der Haut der Arbeiter schneiden wollen. Wenn also durch die vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeitslosenziffer im allgemeinen beinahe auf ein normales Maß zurückgeführt werden konnte, so ist dieselbe in Orten mit Spezialfabrikationszweigen

ständig danieder. Und trotz aller aufgewendeten Mühe war es nicht möglich, nennenswerte Aufträge der Heeresverwaltung zur Beschäftigung der vielen Hundert arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders Holzarbeiter, zu erhalten. Wenn auch, wie allerwärts, die Arbeitslosen jede gebotene Gelegenheit zur Arbeit ergriffen, so bleiben hier doch ein erheblicher Teil nebst Frauen übrig, die infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit zu schwerer Arbeit in anderen Berufen absolut nicht geeignet sind. Die Zahl der Arbeitslosen wird jetzt noch auf 285 geschätzt. Es lag darum nahe, in diesem Ausnahmefall alles daran zu setzen, um unter Zuhilfenahme der Reichsmittel eine für jeden Arbeitslosen ausreichende Unterstützung herbeizuführen, wofür wir auch beim Bürgermeister und den Stadtverordneten anscheinend einiges Verständnis fanden, leider aber nicht bei der Gesamtheit des Magistrats, der unser letztes hierauf bezugnehmendes Schreiben zurücksendte mit dem schriftlichen Bemerkten:

„Urschriftlich mit dem Bemerkten zurücksendend, daß hierorts die Arbeitslosen in erforderlicher Weise auch heute noch unterstützt werden.“

Angelehnt einer Unterstützung von täglich 30 Pf. für eine erwachsene Person und 20 Pf. für ein Kind; im Angesicht der fürchterlichen Not der Arbeitslosen klingt diese Bemerkung des Magistrats wie blutiger Hohn. Wie damit in „erforderlicher Weise“ auszukommen ist, sollten die Herrschaften wirklich einmal an sich selber ausprobieren. Und glücklich obendrein diejenigen der Armen, die diese kümmerliche Unterstützung noch erhalten, denn ebenso viele, die im gleichen Elend stecken, werden mit ihrem Antrag abgewiesen und erhalten nichts.

Das, im allgemeinen betrachtet, wenig förderliche Verhalten der Gemeinden zur Arbeitslosenfürsorge wird wenigstens zu einem erheblichen Teil verständlich, wenn man sich gemäß dem Sprichwort: „Wie die Herren so die Anechte“, die Stellungnahme der höchsten Provinzbehörden zu dieser Frage vergegenwärtigt. So suchten einige unserer Vertreter im letzten November eine Aussprache mit dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz zu erlangen, der jedoch die drei Regierungspräsidenten mit der Wahrnehmung derselben beauftragte. In einer hierauf mit dem Herrn Regierungspräsidenten in Breslau stattgehabten Aussprache machte dann dieser Herr aus seiner prinzipiellen Abneigung gegen jede Form der Arbeitslosenunterstützung kein Geheiß, die nach seiner Meinung die Arbeiter nur verderbe. Es kann gewiß mit Sicherheit angenommen werden, daß sowohl für den Herrn Oberpräsidenten als auch für die beiden Regierungspräsidenten in Liegnitz und Opatowitz diese Besprechung mit samt der dabei vertretenen Anschauung ihres Kollegen als verbindlich gilt. Verwundern konnte es darum wahrlich nicht mehr, als ein weiteres Gesuch an den Herrn Oberpräsidenten für die Arbeitslosen in Freiburg Staatsmittel flüssig zu machen, durch den Regierungspräsidenten in Breslau mit folgendem Schreiben beantwortet wurde:

„Auf das an den Herrn Oberpräsidenten gerichtete, an mich abgegebene Gesuch vom 3. Februar 1915 erwidere ich ergebenst, daß mir für den von Ihnen bezeichneten Zweck keine Fonds zur Verfügung stehen. Ich bleibe aber dauernd bemüht, die Bestrebungen der industriellen Firmen um Vermehrung der Arbeitsgelegenheit zu unterstützen.“

Die alte Abneigung gegen eine Unterstützung der Arbeitslosen leuchtet auch aus dieser Antwort

recht kräftig hervor. Denn kein Mensch wird glauben, daß der Herr Präsident, als nicht unbedeutendes Glied zwischen der Reichsregierung und den Gemeinden, keine Ahnung davon haben sollte, daß das Reich Mittel für den beabsichtigten Zweck bereitstellt hat, und daß es nicht in seiner Macht liegen sollte, diese Mittel bedürftigen Gemeinden zuzuführen. Bis ausreichende Arbeitsgelegenheit beschafft ist — ein Bestreben, dessen Wert wir durchaus nicht verkennen —, können die Arbeitslosen inzwischen verhungern. Vom gleichen Geist beherrscht war auch das Verfahren des inzwischen verstorbenen Landeshauptmanns und Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Freiherrn von Richthofen, welcher denjenigen Gemeinden, die die von der Landesversicherungsanstalt bewilligten Mittel für Kriegsfürsorgezwecke in Anspruch genommen hatten, mit Entziehung dieser Mittel drohte, falls sie sich unterziehen sollten, die obligatorische Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

Man findet also in dem Willen, der oben herrscht, und in dem Handeln unten bei den Gemeinden eine wunderbare Harmonie, um die zu erreichen manchmal ein sanfter Trud à la Richthofen nachhelfen muß. Auch von den übrigen Stellen und Beamten läßt sich natürlich gegen den Willen der höchsten Provinzbeamten nichts unternehmen, auch wenn bei ihnen noch soviel Einsicht und soziales Verständnis vorhanden wäre. So ist es denn ohne weiteres einleuchtend, daß unter solchen Umständen die leider noch auf freier Willensentscheidung beruhende Förderung der Arbeitslosenfürsorge in den Gemeinden unterbleibt, ernsthafte Versuche dazu aber sofort im Keime erstickt werden. Rückständige und durch agrarische Interessen bestimmte Ansichten, die jedem sozialen Fortschritt von jeher hindernd im Wege standen, sollen anscheinend auch in dieser Frage bei uns in Schlesien wieder Trumpf sein, denen sich sogar jede anders gerichtete Anregung der Reichsregierung unterordnen muß. Sollen aber zahlreiche Arbeitskräfte gesundheitlich und moralisch nicht zugrunde gerichtet werden, deren Erhaltung gegenwärtig mehr als zu jeder anderen Zeit im Interesse des Vaterlandes liegt, so muß auch hier der Weg für eine durchgreifende Förderung der Arbeitslosenfürsorge frei gemacht werden.

K. D.

Statistik und Volkswirtschaft.

Kriegsfürsorge in Offenbach a. M.

Vom Gewerkschaftskartell in Offenbach a. M. ging uns ein Schreiben zu, in dem mitgeteilt wird, daß sich das Gewerkschaftskartell in gleicher Weise wie das Parteiorgan veranlaßt gesehen habe, über die Berichterstattung des „Correspondenzblattes“ bezüglich der Fürsorge in den Gemeinden für die Familien der Kriegsteilnehmer in Nr. 18 des „Correspondenzblattes“ ihre Unzufriedenheit zu äußern. Besonders wird es als unentschuldig hingestellt, daß bei Offenbach ganze Spalten in den Tabellen leer gelassen worden seien, „wie es z. B. bei der Miete ist“. Dazu erklären wir, daß die Frage, ob Mietzuschuß gewährt wird, auf dem Berichtsbogen des Offenbacher Gewerkschaftskartells nicht klar beantwortet, sondern hauptsächlich auf eine mitgeschickte Denkschrift verwiesen wurde. Darin steht u. a. folgendes: „Die Miete wird im allgemeinen seitens der Stadt nicht bezahlt. Nur da, wo auf Seiten des Vermieters wie des Mieters eine dringende Notlage vorhanden ist und insbesondere die Miete aus dem Ar-

noch immer erheblich. Die gedankenlose Redensart, die wir gerade gegenwärtig oft zu hören bekommen und nach der leider auch anscheinend von maßgebender Stelle zum Schaden der Arbeiter gehandelt wird: „Wer arbeiten will, findet Arbeit!“ trifft jetzt ebensowenig zu wie früher. Ein Arbeiter, der sein Leben hindurch Spezialarbeit verrichtet hat, ist häufig beim besten Willen zu schwerer Kriegsarbeit beim Schanzen oder in Metall-, Gruben- und Hüttenbetrieben nicht befähigt, obschon er seine gewohnte Arbeit noch Jahrzehnte sehr gut verrichten kann.

Es darf sich darum die Arbeitslosenfürsorge nicht nur auf die Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung beschränken, sondern sie muß sich auch erstrecken auf ausreichende Unterstützung aller, die trotz des besten Willens zur Arbeit aus irgendeinem Grunde doch erwerbslos bleiben. Läßt nun schon die Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung hier in Schlesien alles zu wünschen übrig, so läßt sich natürlich von der kommunalen Arbeitslosenunterstützung nicht viel besseres erwarten; und tatsächlich liegt dieselbe vollständig im argen. In der Veröffentlichung der Generalkommission über: „Die Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden“ in Nr. 12 des „Correspondenzblattes“ konnten unter 527 Gemeinden des Reiches, die in irgendeiner Form den Arbeitslosen Unterstützung gewähren, nur 15 von insgesamt 8042 vorhandenen Gemeinden in Schlesien aufgeführt werden. Es sind dies Breslau, Görlitz, Liegnitz, Schweidnitz, Bunzlau, Grünberg, Langenbielau, Reichenbach, Waldenburg, Obersalzbrunn, Deutsch-Lissa, Freiburg, Polsnitz, Zirlau und Neula. Und mit diesen paar Orten dürften in Wirklichkeit auch alle erfaßt sein, wo für die Unterstützung der Arbeitslosen etwas getan wird, wobei allerdings noch zu berücksichtigen ist, daß in Liegnitz und Bunzlau nur laufend Unterstützung in Naturalien und nur gelegentlich Geldunterstützung gewährt wird, während es in sechs Orten: Schweidnitz, Langenbielau, Reichenbach, Waldenburg, Deutsch-Lissa, Zirlau und Neula überhaupt nur gelegentlich Unterstützung gibt. In Grünberg, wo die höchste Unterstützung für ein Ehepaar, ohne Rücksicht auf Kinder, ganze 2,40 Mk. die Woche beträgt, in Freiburg, wo dieselbe für jede verheiratete Person 2,10 Mk., für das Kind 1,40 Mk., für die Familie aber höchstens 6 Mk. wöchentlich beträgt und in Polsnitz für das Ehepaar 3 Mk., für jedes Kind 50 Pf., zusammen wöchentlich ebenfalls höchstens nur 6 Mk. betragen darf, wobei in den letzten beiden Orten jede andere Unterstützung in Abzug gebracht wird, ist diese Unterstützung so gering, daß dabei tatsächlich zu verhungern ist. Besser gestellt ist die Unterstützung in Breslau mit 4 bis 6 Mk. für Verheiratete, 3 bis 4 Mk. für Ledige, 0,50 bis 1 Mk. pro Kind, höchstens 10 Mk. pro Familie und Woche. Hier ist die Fürsorge für die Arbeitslosen dem nationalen Frauendienst übertragen. Gewerkschaftsunterstützung kommt nicht in Anrechnung. In Görlitz mit 7,50 Mk. für männliche, 1,50 Mk. für weibliche Personen sowie 1,50 Mk. pro Kind für die Woche. Gewerkschaftsunterstützung wird hier kurzfristigerweise voll angerechnet. Ferner in Obersalzbrunn mit 5,54 Mk. für das Ehepaar, 2,08 Mark pro Kind, höchstens 11,77 Mk. pro Familie und Woche, wobei Unterstützung von anderer Seite nicht in Anrechnung gebracht wird. So wenig alle diese Unterstützungen den Ansprüchen der heutigen Zeit entsprechen, so haben sich die darum Bemühenden, mit gutem Grund obendrein, noch darüber zu beklagen, daß sie oft einer geradezu demütigenden

Prüfung hinsichtlich ihrer Bedürftigkeit unterworfen werden, was dem Ganzen den Charakter einer sozialen humanitären Einrichtung nimmt und den Stempel des entehrenden Almosens aufdrückt, weshalb viele auf die Unterstützung lieber ganz verzichten.

In diese geradezu trostlose Beschaffenheit der Arbeitslosenfürsorge Besserung zu bringen, haben auch alle diesbezüglichen Bemühungen der gewerkschaftlichen Zentralkommission Schlesiens und der Gewerkschaftsartelle nicht vermocht. Eine an beinahe 100 Gemeinden gerichtete und gut begründete Eingabe mit dem Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung am Ende des vergangenen Jahres hatte einen nur negativen Erfolg. Von den 17 Gemeinden, deren Stellungnahme zu diesem Antrage uns bekannt geworden ist, wurde derselbe abgelehnt in Königshütte, Löwenberg, Reiche, Neustadt, Ratibor und Reichenbach. In Kattowitz steht der Magistrat dieser Frage sympathisch gegenüber, wobei es leider bis heute geblieben ist. Mit Sympathie aber allein ist bekanntermaßen der knurrende Magen der Arbeitslosen nicht zu kurieren. In Brieg, Bezirk Breslau, wurde unser Antrag in einer Stadtverordnetenversammlung, laut Bericht der Ortspresse, vom Magistrat unter Zustimmung der Herren Stadtverordneten damit abgetan, daß eine Notlage nicht zu erkennen sei, weil noch nie soviel Kuchen gekauft und in Friedenszeiten noch nie soviel Weizenmehl in den Konditoreien verbraucht worden sei als jetzt. Auch eine Arbeitscheu will der Magistrat beobachtet haben. Es ist nur schade, daß der Magistrat seinen Scharfsinn nicht dazu benutzte, um festzustellen, aus welchen Gesellschaftskreisen sich die Kunden der Konditoreien rekrutieren. Das Ergebnis einer solchen Forderung wäre sicherlich für ihn wie für uns gleich interessant gewesen. Außer in Waldenburg, wo es bereits geschieht, sollen die Arbeitslosen im Falle der Bedürftigkeit unterstützt werden in Hirschberg, Goldberg und Ohlau. Da uns indessen aus diesen drei Orten von erfolgter Unterstützung Arbeitsloser noch nichts bekannt geworden ist, so dürfte es anscheinend solche „Bedürftige“ dortselbst bisher nicht gegeben haben. In Ziegenhals, wo in gleicher Weise verfahren werden sollte, damit, um mit dem Bürgermeister zu reden, „die Arbeitslosen nicht verhungern brauchen“, sehen sich die Arbeitslosen gezwungen, um nicht tatsächlich mit ihren Familien zu verhungern, den Ort zu verlassen. In Altwasser, Neu-Salzbrunn, Fellhammer und Nieder-Wüstegiersdorf sind Kommissionen gebildet worden, welche die Vorarbeiten zur Unterstützung für den Fall eintretender Arbeitslosigkeit treffen sollen. Hoffentlich behält es bei diesem gewiß löblichen Beschluß nicht sein Bewenden. In Langenöls war die Arbeitslosigkeit infolge fast gänzlicher Schließung der beiden dort bestehenden Möbelfabriken besonders groß. Unserem Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung hatte die Gemeindevertretung in zwei Sitzungen im Prinzip zugestimmt. Jedoch ist derselbe bei weiterer Beratung über die Aufbringung der dafür erforderlichen Mittel unter den Tisch gefallen. Ueber die damit bewiesene soziale Einsichtlosigkeit der Gemeindevertretung kann in diesem Falle einigermaßen der Umstand trösten, daß durch Beschaffung von Seeresaufträgen dem größten Teil der Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeit geboten wurde. Dahingegen liegen die Dinge in Freiburg viel schlimmer. Die den Ort beherrschende Uhrenfabrikation liegt seit Beginn des Krieges voll-

„Handlungsgehilfen-Ztg.“ bedient, den schlüssigen Beweis erbringen, daß andere Gewerkschaftsorgane von diesem Wandlungsprozeß ergriffen worden sind und nicht bloß den Krieg mit anderen Augen als vorher betrachten lernten, sondern auch von dem Staate eine Durchsetzung der Masseninteressen der Arbeiter erhofften.

Die „Handlungsgehilfen-Ztg.“ schrieb am 2. September 1914 unter dem Titel: „Ausharren und Durchhalten“:

„Und wie eine Windsbraut hat der Krieg auch in der Ideenwelt unserer Zeitgenossen gehaust. In allen Lagern hat die politische Krisis alteingewurzelte Meinungen und Ansichten über den Hausen geworfen; man hat in wenigen Tagen viel gelernt. Vom Kriegsschauplatz sind inzwischen wichtigere Nachrichten gemeldet worden, die von Erfolgen der deutschen Waffen reden. Danach war das deutsche Heer gut geführt und die deutschen Arbeiter, die jetzt in Soldatenröcken stecken, haben sich gut geschlagen; dieselben Arbeiter, die bisher in ihrem Heimatlande von der Gesetzgebung oft schlecht behandelt worden sind. . . . Niemand wird daran zweifeln, daß das deutsche Heer diesen Willen zum Siege wesentlich dem Umstande zu verdanken hat, daß auch die politische Vertretung der Arbeiterklasse diesen Krieg als einen Verteidigungskrieg aufgefaßt und dementsprechend für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hat. Diese Partei hat die Konsequenzen für die bisherige äußere Politik des Deutschen Reiches mit übernommen, obwohl ihr von den herrschenden Klassen jeder Einfluß auf die Auslandspolitik verweigert gewesen ist. . . . Nachdem die Gewerkschaften sich während der Kriegszeit als eine gute Stütze erwiesen haben, wird man nicht umhin können, sie auch in Friedenszeiten als geeignete Organe zur Durchführung der staatlich zu regelnden Arbeitslosenfürsorge anzusehen. Ueberhaupt wird das Volk nach dem Kriege das dringende Verlangen geltend machen, daß seine sozialpolitischen Wünsche nicht mehr so mißachtet werden, wie es bisher geschehen ist. Die Opfer, die das Volk in diesem Kriege bringt, müssen in dieser Hinsicht ihre reichen Früchte tragen.“

Ist Genosse Paul Lange nicht auch in diesem Falle der Meinung: „Es bedarf wohl keiner weiteren Probe usw.“

Der „Kürschner“ macht sich die Sache noch leichter. Er entnimmt den Zitaten des „Vorwärts“ aus den Zitaten des Archiv-Mitarbeiters wieder einige Zitate und gibt diese private Meinungsäußerung als Betrachtungen eines wissenschaftlichen Organes wieder, mißt also dem ungenannten Archiv-Artikler eine wissenschaftliche Autorität, über Gewerkschaftsfragen zu urteilen, bei, die noch über die Gewerkschaften hinausgeht.

Was würde der „Kürschner“ dazu sagen, wenn irgendein unbekannter Verfasser, der die geistige Verfassung des „Kürschner“ während des Krieges interessiert, behaupten wollte, daß dieses Blatt, weit entfernt, den Militarismus zu bekämpfen, sich durch eine nationale Kriegsbegeisterung und Siegeszuversicht auszeichne, die man früher vergeblich in seinen Spalten gesucht hätte! Und zum Beweise folgende Sätze aus dem „Kürschner“ vom 22. August 1914 zitierte:

„Unter keinen Umständen aber soll man den Glauben an den endgiltigen Sieg verlieren.

Gewiß sind wir von Feindern und Feinden umringt und es bedarf großer Anstrengungen, um unseren Kampf siegreich durchzuführen, aber wir dürfen niemals vergessen, daß unser deutsches Volk einen guten Kern in sich trägt, so daß es nie und nimmer untergehen kann. Noch jedesmal hat es sich wieder erhoben, wenn es auch unterdrückt und erniedrigt war. Diese feste Siegeszuversicht wollen wir bewahren und so können wir den kommenden Dingen mit Ernst und Ruhe entgegensehen.“

Sicherlich wäre das ein ebenso glatter Beweis für die Schwankungen des geistigen Gleichgewichts der „Kürschner“-Redaktion, wie die vom „Kürschner“ beliebte Zitatenauswahl das Umlernen des „Correspondenzblatt“ bezeugt. Wir meinen aber: es ist ein Skandal, daß Gewerkschaftsblätter sich an den müßigen Treibereien einiger über die Haltung der Partei während des Krieges mißvergnügter Parteiredakteure beteiligen und ihre Spalten, anstatt mit Agitationsartikeln, die die Organisation zusammenhalten helfen, mit Verdächtigungen der Gesinnung ihrer Mitkämpfer füllen. Es wäre wirklich dem Gewerkschaftsinteresse besser gedient, wenn diese Gesinnungsriecherei und Illusionsverhöhnung endlich einmal eingestellt würde.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der „Grundstein“ veröffentlicht einen Brief August Winnigs an die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ aus Anlaß der unsinnigen und unsachlichen Angriffe dieses Blattes gegen „gewisse Gewerkschaftsführer“. Nachdem wir in voriger Nummer die Erklärung Theodor Leiparts in der ursprünglich an die „Leipziger Volkszeitung“ übermittelten Form abgedruckt haben, lassen wir unten die kräftige Abfuhr folgen, die Winnig dem Leipziger Blatte erteilt. Zuvor ist im Anschluß an unsere redaktionelle Bemerkung zu der Erklärung Leiparts in voriger Nummer festzustellen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ inzwischen diese Erklärung veröffentlicht hat, nachdem Leipart eine Amputation des letzten Absatzes zugestanden hatte. Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte die nach ihrem Wunsch abgeänderte Erklärung in ihrer Ausgabe vom 23. Juni, die am Tage nach unserem Redaktions-schluß hier einging. Unsere erwähnte Bemerkung ist dementsprechend zu ergänzen.

Der Brief Winnigs lautet:

„In der ersten Beilage Ihrer Zeitung vom 12. Juni (Nr. 133) bringen Sie einen Artikel über „neue Theorien“, der mir Anlaß zu einigen Bemerkungen gibt. Die Absicht des Verfassers geht offenbar dahin, die Gewerkschaftsleitungen als Träger gewisser neuer Theorien zu stigmatisieren, die, rund heraus gesagt, nichts anderes als „Verrat an der Arbeiterbewegung“ sind. Ich weiß, daß Sie das in diesen klaren Worten nicht sagen, daß Sie sich damit begnügen, biedermännisch anzudeuten, „wohin die Reise geht“. Soweit Sie mich dabei anrempeeln, muß ich schon sagen, daß eine üble Sache niemals blöder angepackt ist als hier.“

Merken Sie recht gut auf, wenn Sie es mir nicht glauben. Sie machen sich eine Auffassung irgendeines Lütendrehers aus dem Maiheft des Tübinger „Archivs“ zu eigen, wonach „die Auffassung des Staates als Klassenstaat aus der gewerkschaftlichen Ideologie vollkommen ausgetilgt“ ist. Sie nennen dies eine „treffende“ Charakterisierung der „Anschauungsweise vieler Gewerkschaftsführer“ und stützen sich mit dem Lütendrehers im „Archiv“ auf einige Sätze meines Artikels im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ vom 6. März

beitsverdienst des Mieters zugleich etwa ihm schon zufließender Unterstützungen nicht bezahlt werden kann, kann ein Zuschuß aus städtischen Mitteln geleistet werden." Hieraus schlussfolgerte der Bearbeiter der Statistik, daß es sich bei Gewährung des Mietzuschusses nicht um eine dauernde, sondern nur um eine gelegentliche Unterstützung handelt. Demzufolge erfolgte die Eintragung in der betreffenden Spalte und nicht als fortdauernder monatlicher Zuschuß. Wir nehmen davon Notiz, daß hier nicht gelegentlicher, sondern fortdauernder monatlicher Mietzuschuß in Betracht kommt. Welche weiteren Spalten leer gelassen wurden, ist in der Zuschrift nicht gesagt worden. Demgegenüber ist zu betonen, daß in unserer Tabelle neben fortdauernder Unterstützung auch gelegentliche Varunterstützung angegeben ist, weil wir ihre Gewährung auf Grund der Darlegungen in der Denkschrift annahmen, obwohl im Berichtsbogen die ganzen Fragen nach gelegentlicher Unterstützung mit „Nein“ beantwortet wurden. Dennoch wird es uns verübelt, daß wir nicht ausdrücklich mitgeteilt haben, daß die Stadt Offenbach neben der sonstigen Unterstützung auch noch Schuhreparaturen und neue Schuhe zahlte. Das kann doch nur als gelegentliche Unterstützung in Frage kommen. Bezüglich der Varunterstützung wird berichtet, daß sie durchaus nicht nur in der Höhe bis zu 21,66 Mk. gegeben wird. In der in der Denkschrift abgedruckten Anleitung über die Gewährung von Barzuschüssen der Stadt heißt es: „Diese sollen in der Regel für eine Einzelperson nicht über 2 Mk. und für eine Familie von vier bis fünf Köpfen nicht über 5 Mk. hinausgehen.“ Danach kommt in der Regel ein höherer monatlicher Barzuschuß wie angegeben, den Monat zu 4½ Wochen gerechnet, nicht in Frage. Dieser Zuschuß ist neben dem vom Kreise gegebenen und den von der Stadt gelieferten Naturalien nicht gering zu bewerten, und wenn darüber noch hinausgegangen wird, zeugt das von nicht geringem sozialen Verständnis. Der Offenbacher Berichterstatter hatte auf seinem Berichtsbogen bemerkt, daß das Unterstützungssystem in Offenbach „etwas kompliziert“ sei und erkennt auch die Nichtigkeit unserer Bemerkung an, daß alle Einzelheiten sich nicht in den Tabellen angeben lassen und Fehler und Widersprüche dabei unterlaufen können. Daß an dem Vorkommen von Fehlern aber durchaus nicht immer der Bearbeiter der Statistik schuld ist, dafür ist auch die weitere Berichtigung, daß der Höchstbetrag des Zuschusses vom Kreise Offenbach nicht 4 Mk., sondern 5 Mk. beträgt, Beweis. Weder aus dem Berichtsbogen noch aus der Denkschrift ist dies zu ersehen. Es heißt in der Denkschrift, daß der Kreis die Unterstützungen für die Ehefrauen (Reichsunterstützung) für den Sommermonat von 9 auf 14 Mk. und für den Wintermonat von 12 auf 16 Mk. erhöhte. Bei unserer Arbeit, die lediglich das Unterstützungswesen nach dem Stande vom 30. Januar behandelt, kam naturgemäß nur der Satz von 12 Mk. Reichsunterstützung und 4 Mk. Kreiszuschuß in Frage und nicht das, was im Sommer bezahlt worden ist.

Es wird weiter in der Zuschrift darüber Beschwerde erhoben, daß die weitere Fürsorge der Stadt Offenbach in bezug auf Beschaffung von Verdienst für die Kriegerfrauen mit keiner Silbe erwähnt wurde. Ähnliche Einrichtungen bestehen aber in vielen Gemeinden. Ihr Wert kann manchmal zweifelhafter Natur sein, wenn, wie es oft geschieht, der Arbeitsverdienst voll angerechnet wird. Das war bisher auch in Offenbach der Fall, mit

Ausnahme der Nichtanrechnung kleinerer Beträge. Jetzt ist dort insofern eine Änderung erfolgt, als der Arbeitsverdienst der Frau bis zu ¼ bei Bemessung der Unterstützung angerechnet wird. Bei dem großen Umfange der in Nr. 18 veröffentlichten Arbeit war es nicht möglich, alles das, was uns berichtet wurde, zu berücksichtigen; denn es hätte ein dickes Buch herausgegeben werden müssen, wenn wir auch nur für die größeren und großen Städte alle Einzelheiten hätten bringen wollen. Einzelne Beispiele über weitergehende Fürsorge sind in unserem Text dennoch gebracht worden.

Die Art und Weise, wie die Zuschüsse für die Familien der Kriegsteilnehmer in Offenbach geregelt sind, herabsetzen zu wollen, hat dem Bearbeiter der Statistik vollständig ferngelegen. Ausdrücklich ist betont worden, daß die Regelung nach dem Schreiben des Berichterstatters sehr gut sein solle. Wenn letzterer der Meinung ist, daß das dortige System das beste ist, was es gibt, so kann er doch nicht verlangen, daß sich jeder seiner Meinung nun auch anschließen muß. Zusammenfassend sei daher zum Schluß bemerkt, daß in Offenbach die Höhe der Unterstützung danach bemessen wird, ob bei teilweiser oder voller Anrechnung aller Einnahmen ein bestimmtes Existenzminimum erreicht wird. Ähnlich wird teilweise auch in anderen Gemeinden verfahren. In Offenbach bestehen die Zuschüsse vorzugsweise in Naturalien, nämlich Lebensmittel und Brennmaterial. Daneben wird zur Bestreitung kleinerer Bedürfnisse auch Barzuschuß zur Reichs- und Kreisunterstützung gegeben. Mietzuschuß erhalten jetzt, wie in der uns zugegangenen Zuschrift mitgeteilt wird, weitaus die größte Mehrzahl der Unterstützungsempfänger entweder zum Teil oder ganz aus Mitteln der Kriegsfürsorge, wofür ganz erhebliche Aufwendungen gemacht werden. In dem uns zugegangenen Schreiben wird mitgeteilt, daß in Offenbach für die Kriegsfürsorge schon über 1½ Millionen Mark ausgegeben worden sind. Das zeigt davon, daß die Stadtverwaltung ihre Pflicht, für die Familien der Kriegsteilnehmer zu sorgen, im vollen Maße erfüllt.

Arbeiterbewegung.

Noch etwas vom „Umlernen“.

Zu den Parteiblättern, die uns an der Hand von Zitaten einzelner, aus ihrem Zusammenhang gerissener Sätze des Umlernens und der Umformung der gewerkschaftlichen Ideologie zu verdächtigen suchen, haben sich auch einzelne Gewerkschaftsblätter, vor allem die „Handlungsgehilfen-Ztg.“ und der „Kürschner“ gesellt. Die erstere stellt in Nr. 13 dieses Jahrganges unter dem Titel „Neue Theorien“ eine Anzahl von Sätzen aus Partei- und Gewerkschaftszeitungen, sowie aus einer Rede des Genossen Heinemann und aus einem Artikel des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Th. Leipart, zusammen, dazu auch Sätze aus einigen Artikeln im „Correspondenzblatt“ und schließt daran die von uns bereits zurückgewiesene Auffassung des anonymen Chroniklers vom „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, die sie mit der Behauptung einleitet: „Es bedarf wohl keiner weiteren Probe, um diese Anschauungswelt vieler Gewerkschaftsführer zu kennzeichnen“.

Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß weitere Proben zur Kennzeichnung dieser Anschauungswelt sehr von Nutzen wären. Sie würden nämlich, sofern man sich derselben Methode wie die

von den Unternehmern verhängten Sperre gegen eine Anzahl Arbeiter gebeten.

Eine zweite Eingabe desselben Bezirksleiters richtet sich an das Bergamt in Freiberg, dessen Vermittlung angerufen wird, um mit den Werksverwaltungen wegen einer höheren Teuerungszulage in Verbindung zu kommen.

Die „Buchbinderzeitung“ wendet sich gegen die Zumutung der bekannten Parteiopposition, ihr Schreiben an den Parteivorstand und den Vorstand der Fraktion in der Gewerkschaftspresse abzufragen. Diese Zumutung geht von den gleichen Leuten aus, die sich sonst über das Einmischen der Gewerkschaften in innere Parteifreigezeiten nicht genug entrüsten können. Das gilt insbesondere von dem „Vorwärts“, der nicht weniger als sieben Redakteure unter den Unterzeichnern des Schreibens hat. Und die „Leipziger Volkszeitung“ lehnt für sich die Veröffentlichung aus Rücksicht auf den Kriegszustand ab, aber fünf ihrer Redakteure haben das Nachwerk unterzeichnet, das sie von der Gewerkschaftspresse verbreitet sehen möchten. Das nennt man „Mut“! Die „Buchbinderzeitung“ freilich findet, daß es eine Leichtfertigkeit, um nicht zu sagen Frivolität ist, die gesamte Partei- und Gewerkschaftspresse zum Abdruck aufzufordern und sie damit der Gefahr des Verbots auszusetzen. Und sie schließt ihre Ausführungen zutreffend: „Wehe der Partei, wehe den Gewerkschaften, die solchen Führern folgen sollten, die leichtsinnig die Partei- und Gewerkschaftspresse aufs Spiel setzen!“ — In ähnlicher Weise äußert sich die „Allgemeine Steinseherzeitung“, die das Verhalten der Redakteure des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ eigenartig findet.

Von den an der Statistik beteiligten Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes waren am 19. Juni 0,9 Proz. arbeitslos. Seit dem 22. Mai ist eine Minderung in dem relativen Stand der Arbeitslosigkeit nicht zu verzeichnen gewesen.

Der Jahresbericht des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins schließt mit 3151 Mitgliedern am Jahreschluß gegen 7224 am Schlusse des Vorjahres. 3759 Mitglieder hatten sich als zum Kriegsdienst eingezogen abgemeldet, so daß ein Mitgliederverlust von 745 zu buchen wäre. Viele dieser Mitglieder sind jedoch zweifellos ebenfalls mobilisiert worden, sind aber gleich nach der Aushebung in die Heimat gereist und daher nur als „abgereist“ gemeldet. Von der Arbeitslosigkeit wurden im Berichtsjahre 4127 Mitglieder insgesamt betroffen; die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 48 757. Neu aufgenommen wurden 3171 Mitglieder. Die Fluktuation ist demnach recht groß. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen 133 254 Mk., die Ausgaben 147 901 Mk. Der Kasienbestand verringerte sich dadurch von 54 586 Mk. auf 39 939 Mk. Für Unterstützungen verausgabte die Hauptkasse 39 496 Mk., darunter 15 020 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung 4731 Mk., Rotunterstützung 1728 Mk., Familienunterstützung 8739 Mk., Weihnachtsunterstützung 2242 Mk., Gemahregeltenunterstützung 3158 Mk. usw.

Der Gemeindearbeiterverband zählte am 31. Mai 30 322 Mitglieder. Zum Kriegsdienst waren 21 125 Mitglieder eingezogen. Der Mitgliederverlust betrug gegenüber dem Mitgliederbestand vom 30. Juni vorigen Jahres 3075.

Die Mitgliederzahl des Landarbeiterverbandes ist unter dem Einfluß des Krieges von 20 267 auf 12 275 zurückgegangen. Abgemeldet

hatten sich zum Kriegsdienst 4667 Mitglieder, aber es dürften sich unter den fehlenden rund 4000 auch eine ganze Anzahl Kriegsteilnehmer befinden, die sich nicht beim Verbands abgemeldet haben. Die Jahreseinnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen betragen im ersten Halbjahr '56 511 Mk., im zweiten 42 418 Mk., zusammen 98 929 Mk. An Krankenunterstützungen wurden ausgezahlt 25 244 Mk., an Sterbegeld 2350 Mk. An Unterstützung für Kriegerfamilien wurden aus den Ortskassen 1383 Mk. gezahlt. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 2383 Mk. verausgabt. Die Hauptsumme für Streiks betrifft den Wingerstreik in der Pfalz. Die Ausgaben für Rechtschutz betragen 7848 Mk. Für die Zeitung wurden 10 816 Mk. und für Agitation 28 616 Mk. ausgegeben.

Die Arbeitslosigkeit im Metallarbeiterverbande betrug am 5. Juni 1,4 Proz. Eine Minderung im Stande der Arbeitslosigkeit ist in den letzten drei Wochen nicht eingetreten.

Privatversicherung.

Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge

zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am Sonnabend, den 26. Juni, im Sitzungssaal der Verlags-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsmäßige Vertretung sämtlicher Aktionäre durch bestellte Bevollmächtigte fest. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied A. v. Elm gab den Geschäftsbericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag und aus dem in der Presse bereits die Hauptpunkte veröffentlicht wurden. Er bezeichnete den Abschluß als einen unter den bestehenden Verhältnissen günstigen. Wenn auch die nach dem Verlauf des ersten halben Jahres berechnete Hoffnung, einen günstigeren Bericht vorlegen zu können, durch den Krieg vereitelt wurde, so sind wir doch in der Lage, über einen Ueberschuß von 171 947,04 Mk. zu verfügen und dadurch den verschiedenen Fonds 74 389 Mk. und der Gewinnreserve der Versicherten 96 115 Mk. zuführen zu können. Der Versicherungsbestand, der Ende 1913 70 125 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 912 968 Mk. betrug, stieg bis Ende 1914 auf 163 469 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25 615 271 Mk., also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hatte einen Verfall von 2751 Policen und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 23 747 Policen. Das ist ein durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu anderen Gesellschaften noch als recht günstig zu bezeichnen ist. Der Vorsitzende Bauer stimmt im Namen des Aufsichtsrats dem Geschäftsbericht sowie der vom Vorstand aufgestellten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung in allen Punkten zu.

Beim Punkt 2 der Tagesordnung gab Herr Junger-Berlin den Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats, konstatierend, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Aufsichtsrat besonders beauftragten Revisors, Dr. Wästlein, alles in bester Ordnung befunden wurde.

Ohne Erörterung wurde hierauf als Punkt 3 der Tagesordnung der Antrag des Aufsichtsrats, die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand

dieses Jahres. Ich weiß nicht, ob Sie mehr von diesem Artikel kennen als die paar Sätze, die Sie durch das „Archiv“ erfahren haben. Passen Sie auf: Dieser Artikel richtete sich gegen das Gewimmer über den Utopismus in den Gewerkschaften, das nach meiner, allerdings unmaßgeblichen, Auffassung geeignet war, der Arbeiterschaft heute schon jede Zuversicht und jeden Kampfesmut für die Zeit nach dem Kriege zu nehmen. Um jenen Klageweibern aber auch zu sagen, daß wir absolut nicht utopistisch über die Zukunft denken, formulierte ich zuletzt unsere Erwartungen für die Zukunft. Das sind die Sätze, die Sie abdrucken, das heißt, dem Tübinger „Archiv“ nachdrucken. Ich will Sie Ihnen der Sicherheit halber noch einmal ins Gedächtnis zurückerufen. Also:

Wir erwarten für die Arbeiterklasse den gleichen Raum und das gleiche Recht zur Arbeit am öffentlichen Wesen, das jeder andere Deutsche hat. Wir erwarten das Aufhören jener Achtungspolitik, die unseren Organisationen durch kleinliche Belästigungen das Leben schwer machte. Wir erwarten das Aufhören der ewigen Bedrohungen der rechtlichen Grundlagen der Gewerkschaften. Wir erwarten die Anerkennung der unabhängigen Berufsvereine der Arbeiter als die gegebene Vertretung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Und wir erwarten den tatbereiten Willen zum Ausbau und zur Vervollkommnung der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Nun zwingen Sie sich noch einen kleinen Augenblick zur Aufmerksamkeit! Haben Sie lapiert, daß diese Sätze nur geschrieben waren, um zu zeigen, daß wir absolut nicht utopistischen Erwartungen nachhängen? Verstehen Sie danach, daß diese Sätze nach ihrem ganzen Zusammenhang nichts anderes enthalten konnten, als gewissermaßen Mindestforderungen, deren Erfüllung wir als eine platte Selbstverständlichkeit verlangen? Wenn Sie sich darüber klar geworden sind, dann lesen Sie nunmehr weiter: Der obsture Tütendreher des „Archivs“ sieht darin den Beweis, daß der Schreiber jener Sätze, also ich, „die kapitalistische Wirtschaft als dauernde Basis und dauernde wirtschaftliche Form anerkennt“. Sie selbst haben diese Folgerung des Tütendrehers eine „vortreffliche Kennzeichnung der neuen Theorien“ genannt. Nun kann ich mir nicht helfen: Sind Sie wirklich so unglaublich blöde, daß Sie den kindschöpfischen Blödsinn dieser Folgerung für Logik halten? Dann muß ich deutlich werden. Also ich sage in dem angezogenen Artikel: Keine Spur von Utopismus bei uns! Wir bilden uns durchaus nicht ein, daß nach dem Kriege ein Schlaffraß für die Arbeiter folgt! Aber wir glauben mit Aussicht auf Erfolg die und die selbstverständlichen Forderungen erheben zu können; wir glauben, daß man uns das und das nun nicht mehr länger vorenthalten kann; denn das alles ist längst überreif! Das ist der Sinn meines Artikels. Und da rufen Sie mit dem Tütendreher: Aha! Also das ist das neue Programm der Gewerkschaften! Reformen! Gegenwartsforderungen! Von Sozialismus keine Spur mehr! Kein Wort gegen den Klassenstaat, feins gegen die Kapitalherrschaft! Noch einmal: Sind Sie wirklich so unglaublich blöde, daß Sie das für Logik halten, und daß man Ihnen hier den guten Glauben zubilligen muß?

Für diesen Fall muß ich versuchen, mich noch etwas klarer auszudrücken. Also, wenn Sie von Leipzig nach Schöppensiedt wollen, dann wird Sie Ihr Weg zunächst nach Halle führen. Gesezt den Fall, bei Raundorf begegnete Ihnen ein Mensch, der Sie mit törichtem Schwatz aufhalten wollte, und Sie schoben ihn an die Seite mit den Worten, Sie wollten weiter nach Halle. Was würden Sie dann zu einem Menschen sagen, der Sie anempfehle: Du Heuchler! Du Schwindler! Hast Du nicht gesagt, Du wolltest nach Schöppensiedt? Und jetzt willst

Du bloß nach Halle! — Na, würden Sie einem solchen Menschen nicht sagen, daß er mindestens ein dummer Kerl sei? Sehen Sie, in dem gleichen Verhältnis, wie Sie zu einem solchen Menschen stehen würden, stehe ich jetzt zu Ihnen. Haben Sie es jetzt lapiert?

Aber — und nun wollen wir uns näher kommen —: in Wahrheit wäre ich der Narr, wenn ich glaubte, daß Sie den Blödsinn des Tütendrehers nicht erkannt hätten. Sie benötigen ihn jetzt und spekulieren auf jene Macht, die noch kein Götterkampf bezwungen, um gegen die Ihnen mißliebigen Wortführer der Gewerkschaften mobil zu machen. Ob es Ihnen gelingt? Es wäre eine Beleidigung der Leipziger Arbeiterschaft, das anzunehmen. Ich will der Sache durch ein paar Fragen nachhelfen.

Wenn Sie meinen Artikel im „Correspondenzblatt“ vom 6. März gelesen haben, warum haben Sie nicht gleich Alarm geblasen, warum haben Sie länger als ein Vierteljahr gewartet, ehe Sie „den Arbeitern zeigen, wohin die Reise geht“?

Wenn Sie meinen Artikel aber nicht gelesen haben, warum haben Sie sich die Trugschlüsse im „Archiv“ zu eigen gemacht, warum haben Sie wenigstens nicht dann noch zum „Correspondenzblatt“ gegriffen, um sich eine eigene Meinung zu bilden und nicht auf die zweifelhafte Autorität eines ungenannten bürgerlichen Schmieranten hin Mitglieder der eigenen Partei zu verleumden?

Ich würde mich freuen, diese Fragen ebenso öffentlich beantwortet zu sehen, wie ich sie stelle.“

Wir können der Redaktion des „Grundstein“ nur beipflichten, die diese kräftigen Worte Winnigs als „durchaus am Platze“ findet. Gegenüber den „parteiigenössischen“ Verdrehungskünstlern, die sich in einigen, glücklicherweise seltenen Exemplaren von Parteiblättern breitmachen dürfen, muß man schon die ehrliche und ebenso deutliche Sprache der Bauhandwerker anwenden.

Die Arbeitslosenstatistik des Bauarbeiterverbandes erstreckte sich im April auf 803 Zweigvereine und 112 867 Mitglieder. Arbeitslos waren 9,2 Proz. gegen 20,1 Proz. im März. Am letzten Werktag waren nur 2,6 Proz. Arbeitslose vorhanden gegen 7,4 Proz. im Vormonat und 2,2 Proz. im April 1914. Auf einen Arbeitslosen entfielen im Monatsdurchschnitt 11,3 arbeitslose Tage gegen 14,4 im Vormonat und 10,9 im April vorigen Jahres.

Eine Eingabe an das stellvertretende Generalkommando des kgl. sächsischen Armeekorps in Leipzig wurde unter dem 14. Juni von den Bezirksleitern des Verbandes der Bergarbeiter und des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter wegen der Versammlungsverbote und der von den Unternehmern im Lugau-Deilsnitzer Revier verhängten Sperre gegen Arbeiter gerichtet. Das genannte Generalkommando hatte am 26. Mai die Abhaltung von Belegschaftsversammlungen untersagt mit Ausnahme solcher Versammlungen, die von dem Arbeiterschutz eines Werkes für die Belegschaft des Werkes, die ihn gewählt hat, einberufen werden. Durch diese Maßnahmen können die Organisationsvertreter an den Versammlungen nicht teilnehmen, was aber zur Folge hat, daß die Organisationen keine Verantwortung für die Handlungen ihrer Mitglieder übernehmen können, weil sie nicht zu jeder Zeit mit ihnen in Verbindung treten können. Aus diesem Grunde wird in der Eingabe beantragt, die getroffenen Maßnahmen so weit zu ergänzen, daß die Organisationsvertreter an den Versammlungen teilnehmen können. Ebenso wird um Aufhebung der